

Zeitung
Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Deutschland



Verkauf: In jedem Wochenendnummer. Die Bezugs-Abgabe des Monats beträgt in Stadt und Land 1000,00 Mark, durch die Post (bei einer Ausgabezeit von 1000,00 Mark, in weiteren Ausgabenstellen abgesetzt 1200,00 Mark monatlich. Die Jahressubskription: 10000,00 Mark, in weiteren Ausgabenstellen abgesetzt 12000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark.

Verkauf: In jedem Wochenendnummer. Die Bezugs-Abgabe des Monats beträgt in Stadt und Land 1000,00 Mark, durch die Post (bei einer Ausgabezeit von 1000,00 Mark, in weiteren Ausgabenstellen abgesetzt 1200,00 Mark monatlich. Die Jahressubskription: 10000,00 Mark, in weiteren Ausgabenstellen abgesetzt 12000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark. Die Einzelhefte: 1000,00 Mark.

Am den inneren Frieden.

Ein Mahnruf Defters / Minister Gehler über die Zuverlässigkeit der Reichswehr / Lloyd George gegen Poincares Sonntagspredigten / Werkstoffliche Bergarbeitertätige.

Die Machtmittel des Reiches.

Der Reichsminister des Innern hat an die Landesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auf die Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung hinweist. Er weist darauf hin, dass die Reichsregierung die Befugnisse hat, die den Landesregierungen zu übertragen sind, und dass diese Befugnisse nur in der Weise auszuüben sind, wie sie durch die Reichsverfassung bestimmt sind. Er weist auch auf die Wichtigkeit der Befugnisse hin, die den Landesregierungen zu übertragen sind, und dass diese Befugnisse nur in der Weise auszuüben sind, wie sie durch die Reichsverfassung bestimmt sind.

Berlin, 25. Juli. Die deutschen Vertreter in Paris und Brüssel sind beauftragt worden, folgende Note an die französische und belgische Regierung zu richten, in der es heißt: Die deutsche Regierung hat seit dem Austritt immer wieder gegen die Anordnungen der Rheinlandkommission Einspruch erhoben, weil sie weit davon entfernt ist, sich im Rahmen der für die Rechte der Rheinlandkommission maßgebenden Rheinabkommen zu halten. Sie lehnt den Grundgedanken des Willkommens über die Rechte einer Okkupationsmacht zurück. Wenn die Bevölkerung der besetzten deutschen Gebiete derartige, durch die Reichsregierung als rechtswidrig beanstandete Anordnungen nicht beachtet, so kann sie um so weniger ein Recht darauf gemacht werden, als das deutsche Reich nach den Bestimmungen des Rheinabkommens die Bewirtschaftung des besetzten Gebietes behalten hat. Die neue Anordnung der Rheinlandkommission ist nicht nur die trotz aller Mahnung und Not standhaft durchgeführte Säumung der Bevölkerung gegenüber den auch von ihr als rechtswidrig empfundenen Anordnungen zu erklären, denn sie hat natürlichsten Regungen der Ablehnung, sie lagar das einfache Wort sachte Kritik unter Strafe stellt. Die Art der Mittel, zu denen die Rheinlandkommission jetzt greift, ist ein Zeichen für eine schließliche Sache. Der deutsche Rechtsstandpunkt wird dadurch nicht erschüttert.

Stresemanns Mahnungen.

Die Stellung zur Sozialdemokratie.
Hr. Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, hat in seinem Organ, der 'Zeit', unter der Überschrift 'Kritische Gedanken' gegenüber abweichenden Stimmen aus der eigenen Partei begründet, weshalb die Deutsche Volkspartei ihren Platz in der preußischen Koalition nach wie vor behalten müsse. Er hat sich dabei aber nicht auf das engere Thema beschränkt, sondern allgemein die Frage der Stellung zum Staat und zum Reich ausgeprochen, die, mögen sie auch nicht ganz neu sein, doch wegen der Persönlichkeit ihres Autors weite Beachtung verdienen.
Es wäre verfehlt zu verneinen, daß Dr. Stresemann in den ersten Jahren nach der Revolution auf einem wesentlichen anderen Standpunkt gestanden hat als heute. Er hat seiner Zeit behauptet, daß gerade die Stellung Friedrichs zur Sozialdemokratie im Wesentlichen die Gründung der Deutschen Volkspartei von solchen Politikern veranlaßt habe, die eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nicht wollten. Die Deutsche Volkspartei hat auch die Weimarer Verfassung abgelehnt, sie hat sich ferner den Auspruch heraus gelassen lassen müssen, daß die Deutschen und Deutsche Volkspartei in bestimmten Hause wohnen und dort nur verschiedene Zimmer inne hätten. Als er mit dem Annehmen der Mandatsschiffen bei den Wahlen von 1920 und 1921 für die Deutsche Volkspartei auch die Verantwortung mußte, hat sich Stresemann allmählich zu einem Realpolitiker gewandelt, der die Dinge so betrachtet wie sie sind. Die Hauptfrage aber: die was die Not des deutschen Reiches verpflichtet alle wahren Patrioten, über den Verlust zur gemeinsamen Rettung des Vaterlandes, die Trennungspunkte nach Möglichkeit in den Hintergrund zu rücken, und dieser Pflicht will sich der volksparteiliche Führer nicht entziehen.

Der „Tamps“ für direkte Verhandlung.

Paris 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In seiner heutigen Ausgabe lehnt der „Tamps“ seinen seit einigen Tagen geführten Kampf für eine vorläufige Verständigung mit Deutschland einseitig ab. Das Blatt erinnert sich von einem lokalen Appell an die Reparationskommission durch Deutschland eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten. Ohne auch nur einen Tag zu verlieren, solle Deutschland an die Reparationskommission eine Note richten, in der alle Unterlagen für ein Gutachten über seine Zahlungsfähigkeit übermittelt. Ein solches Gutachten ist für die Reparationskommission notwendig, wenn die deutsche Regierung sich entschließt, die finanzielle Verantwortung des Reiches vorzunehmen, durch Anwendung eines neu zu gründenden Steuerregimes die nötigen Mittel zu erhalten, um dem Druck der großen Gläubiger, die bisher über die Reichsregierung wie auch über die Reichsbank triumphierten, handhafter zu werden.

Die Vorbedingungen für eine solche Verständigung sind derzeit, daß sie ernstlich nicht in Erwägung gezogen werden können und im ganzen genommen, mehr die Spitze der Verhandlung tragen als die Grundlage. Die Verhandlung bieten, auf Grund deren Europa vor dem Chaos gerettet werden könnte. Bis jetzt hat sich die Reparationskommission niemals als ein neutrales, unparteiisches Organ, das sich mit der deutschen Regierung trifft, es hat sich vielmehr bei jeder Gelegenheit gezeigt, daß die Reparationskommission ein geistiges Werkzeug in den Händen der französischen Willkürherrschaft ist und sich bei allen seinen Entscheidungen nach dem Willen der französischen Willkürherrschaft richtet. Wenn diese auch nur den Anschein hätten, einen Vorteil für Deutschland zu heben, die Forderung des französischen Regiments, das die Reparationskommission bilden soll, erscheint um so laudbarer, als die deutsche Regierung den Willkürherrschaft schon wiederholt solche Unterlagen geliefert hat, ohne daß diese jemals zum Zweck der Verständigung in irgendeiner Weise zu unterziehen. Im Gegenteil, ein Blick des unentwegten Gewaltpolitikers an der Seine genügt, um die Unterlagen nach einer abfälligen und beleidigenden Kritik in dem großen Affektanten zerstreuen zu lassen. Die sich die Reparationskommission schon vor Jahren nicht hätte gemacht, das ist die Ursache, warum die Verhandlung, wäre das Elend nicht bis zu einem solchen Grade gediehen, daß ein Ausweg fast ein Ding der Unmöglichkeit zu sein scheint. Zudem hätte die Verständigung, die das Elend nicht bis zu einem solchen Grade gediehen, daß ein Ausweg fast ein Ding der Unmöglichkeit zu sein scheint, die in der inneren Verwaltung Deutschlands einzuwickeln, als das man annehmen könnte, dieser Versuch könnte zu einem erfolgreichen Resultate führen.

Ein amerikanischer Moratoriumsvorschlag.

Paris, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Dem New York Herald zufolge findet ein amerikanischer Vorschlag, Frankreich ein 15jähriges Moratorium für seine Schuldverpflichtungen gegenüber Amerika bei gleichzeitiger und gleich langer Unterbrechung der deutschen Zahlungen zugunsten, seinen Anfang bei dem französischen Ministerpräsidenten. „Das ist um so bemerkenswert“, weil das amerikanische Blatt, als ein Beispiel zu diesem Vorschlag vor einigen Wochen vom Präsidenten Willkürherrschaft gemacht worden sei. Hinter Poincaré stehe das Finanzministerium, das die Auffassung vertritt, daß während der nächsten drei bis vier Jahre von Amerika keine Zahlungen eingezogen werden müssen, zumal da es sich darum handle, die innere französische Situation auszugleichen. Ein Moratorium von 15 Jahren würde Frankreich zu einer Politik des Abwärtens verleiten. Der New York Herald schließt mit dem Hinweis, daß Poincaré sich nicht einmal bemüht gefühlt habe, die amerikanische Anregung zu studieren. Der französische Ministerpräsident habe die Zuversicht, daß in den nächsten Wochen eine Lösung gefunden werde, an der die Frage der ältesten Schulden in höherer Reihe beteiligt sei, ohne daß die Vereinigten Staaten neue unangelegliche Aktionen in diesem Zusammenhang unternehmen.

Kommunistische Umtriebe in Sachsen.

Dresden, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Als Fortsetzung der künftigen Unruhen in Breslau und Frankfurt wollten die hiesigen radikalen Gewerkschaften große Kravallen in der Stadt und auf dem Lande anstellen. Der Dresdener Polizei ist es gelungen, ihre Pläne rechtzeitig zu durchkreuzen. Es sollen Schütztruppen gebildet werden zum gleichzeitigen Vorgehen gegen Gewerkschaften, die im Stadtgebiet und gegen die Arbeiter in den Fabriken tätig sind.

Die Zuverlässigkeit der Reichswehr.

Berlin, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von dem Deutschen Friedensrat wird die „Friedenszeitung“ folgende Zuschrift: „Das Deutsche Friedensrat hat anlässlich der täglich wachsenden Gefahr sozialistischer und reaktionärer Vorkämpfer an den Reichswehrminister das dringende Ergehen gerichtet, eine Entspannung der Lage dadurch herbeizuführen, daß von besetzten Parteien der Reichswehr ohne jeden Vorbehalt das Verbot der Wehrkraftverweigerung ohne jeden Vorbehalt unter allen Umständen zu lösen und das Dienstverbot auch derjenigen zu erlassen, die offen und heimlich schon jetzt gegen diesen Staat auftreten.“ Darauf ist dem Friedensrat eine Antwort des Reichswehrministers zugegangen, in der es heißt: „Die Reichsregierung wird jeden Versuch, ihre Angehörigen in Anordnungen zu verstoßen, welche die Wehrkraftverweigerung zu durchsetzen, nicht nur als Verletzung ihrer Pflichten, sondern auch als Verletzung der Reichsverfassung an sich selbst betrachten, von welcher Seite ein solcher Versuch auch kommen möge. Das der Reichsregierung in jeder Lage die Wehrmacht als unbedingt zuverlässiges Machtmittel zur Verfügung stehen wird, das für sie übergeordnet ist.“ Gen. Dr. Gehler.

Die Aufhebung der Verkehrsperre.

Dortmund, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verkehrsperre wird heute Nacht um 12 Uhr aufgehoben. Diezüge werden von morgen früh an wieder nach Dortmund-Süd, die Westfalen, die Ruhr für den Bezirk Dortmund-Stadt und Land, Bochum-Stadt und Land und Sauerland-Westfalen mit dem besetzten Teil von Hattingsen findet von 9 bis 10 Uhr vorwärts. Gegen die Befreiung der Hattingsen, die eine ähnliche Befreiung der Verkehrsperre bedeutet, herrscht in der Bürgerlichkeit große Erregung. In Wanne ist eine Werksstätte für Herrensachen von den Franzosen eingerichtet worden. Die Franzosen werden auf jede Art und Weise, die Lebensmittelpersonen der Bevölkerung zu unterwerfen.



